

555/AB XXIII. GP

Eingelangt am 22.05.2007

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Finanzen

Anfragebeantwortung

Frau Präsidentin
des Nationalrates
Mag. Barbara Prammer
Parlament
1017 Wien

Wien, am Mai 2007

GZ: BMF-310205/0025-I/4/2007

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 550/J vom 22. März 2007 der Abgeordneten Josef Bucher, Kolleginnen und Kollegen betreffend tatsächlich erzielte Einnahmen und tatsächlich getätigte Ausgaben im Finanzjahr 2006 sowie die Auswirkungen der Steuerreform auf das Budget 2006 beehre ich mich, Folgendes mitzuteilen:

Zu 1.:

Die Bundesregierung hat in der vergangenen Legislaturperiode eine Vielzahl grundlegender wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischer Reformen umgesetzt beziehungsweise eingeleitet. Dadurch wurde der Standort Österreich attraktiver gemacht, die Beschäftigung angehoben, die Inflation niedrig gehalten, der europaweiten Herausforderung im Bezug auf die Finanzierbarkeit der Altersversorgung als Folge der nachhaltigen Änderung der Altersstruktur begegnet und die Steuer- und Abgabenlast gesenkt. Gleichzeitig wurden die öffentlichen Haushalte stabil gehalten. Diese Politik stabiler öffentlicher Haushalte und der Stärkung der Wachstumskräfte hat dazu beigetragen, dass Österreich heute in wesentlichen Bereichen wie Wirtschaftswachstum und Arbeitsmarkt weit besser dasteht als die meisten unserer

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Nachbarn und dass Österreich im EU-Vergleich zu den Staaten mit den niedrigsten Defizitquoten gehört. Die staatlichen Schulden und Zinsverpflichtungen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt wurden dauerhaft gesenkt, die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates wurde nachhaltig gesichert. Die freigewordenen budgetpolitischen Spielräume wurden für Steuersenkungen und Zukunftsinvestitionen genutzt.

Der Erfolg der budgetpolitischen 3-Säulen Strategie wird in folgenden Zahlen sichtbar:

- Im Jahr 2006 verzeichnete die österreichische Volkswirtschaft das stärkste Wachstum seit dem Jahr 2000. Das reale BIP nahm gegenüber dem Vorjahr um 3,1% zu, nominell betrug die Steigerung 4,6%. Damit wächst Österreich, wie auch schon in den Jahren zuvor, weiterhin schneller als der Durchschnitt der Eurozone.
- Das gesamtstaatliche Maastricht-Defizit ist von 1,5% des BIP im Jahr 2005 auf 1,1% im Jahr 2006 zurückgegangen.
- Die Schuldenquote verringerte sich auf 62,2% des BIP (2006) nach 63,4% im Jahr 2005. 2001 betrug sie noch 66,0% des BIP. Gleichzeitig ist der Primärsaldo seit dem Jahr 2000 positiv.
- Österreich hat seit 2001 gute Fortschritte beim Abbau der Abgabenquote gemacht: Während die gesamtstaatliche Steuer- und Abgabenquote 2001 noch 44,8% des BIP betragen hat, betrug sie 2005 nach vorläufigen Werten 42,1% und ging 2006 nach vorläufigen Werten weiter auf 41,8% zurück.
- Gleichzeitig wurden die Zukunftsausgaben stark ausgeweitet. Lag die F&E Quote im Zeitraum 1995-1999 mit etwa 1,72 % deutlich unter dem EU-Durchschnitt von 1,89 %, so ist die F&E-Quote bis 2006 auf 2,43 % des BIP gesteigert worden und liegt dabei deutlich über dem EU-Durchschnitt.
- Noch nie wurden so viele Infrastrukturinvestitionen und Ausgaben für aktive und aktivierende Beschäftigungspolitik getätigt wie in den letzten Jahren. So betrugen die Investitionen in die Infrastruktur im Jahr 2006 rund € 3,9 Mrd., 1999 waren es im Vergleich dazu € 3,3 Mrd.; der Mitteleinsatz für aktive und aktivierende Arbeitsmarktpolitik betrug im Jahr 2006 rund € 1,8 Mrd. gegenüber € 0,8 Mrd. im Jahr 1999.

Durch die von der Bundesregierung in der vorangegangenen Legislaturperiode umgesetzten Reformen wurde die finanzielle Nachhaltigkeit langfristig gesichert. Dies wird im Übrigen auch 2006 in der Stellungnahme des Rates der Europäischen Union zur Fortschreibung des Österreichischen Stabilitätsprogramms bestätigt.

Zu 2.:

Die zur Beantwortung dieser Frage erforderlichen Daten für das Jahr 2006 liegen meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern derzeit noch nicht vor. Soweit sich die vorliegende Frage auf jene Beschäftigten bezieht, denen vom Dienstgeber beziehungsweise von der Dienstgeberin keine Lohnsteuer in Abzug gebracht wurde, werden die erforderlichen Auswertungen – auf Basis der Lohnzettel – relativ bald möglich sein. Hinsichtlich des darüber hinaus zu berücksichtigenden Personenkreises, welchem in Folge des über das gesamte Jahr gerechneten niedrigen Einkommens die Lohnsteuer erstattet beziehungsweise auch Negativsteuer überwiesen wird, liegen aussagekräftige Zahlen allerdings überhaupt erst in einigen Jahren vor, zumal für die Arbeitnehmerveranlagung eine 5-Jahres-Frist eingeräumt ist.

Die Lohnsteuerstatistik 2005 zeigt, dass von 2,97 Mio. der insgesamt 3,77 Mio. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Lohnsteuer einbehalten wurde. Dies dürfte sich nach Einschätzung meiner Expertinnen und Experten in der Größenordnung für 2006 nur wenig geändert haben. Es ist daher letztlich davon auszugehen, dass gut eine Million Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für 2006 keine Lohnsteuer zahlen beziehungsweise sogar eine Negativsteuer erhalten.

Zu 3.:

Die Gruppenbesteuerung hat sich im Körperschaftsteueraufkommen 2006 nicht merkbar niedergeschlagen, da sich die Vorauszahlungen kaum verändert haben und eine Gruppenveranlagung im Jahr 2006 noch nicht stattgefunden hat.

Zu 4.:

Die exakte Messung beziehungsweise Berechnung der Entlastungseffekte der Steuerreform 2004/2005 ist derzeit noch nicht möglich, da dafür erst die Veranlagungsdaten für 2005 abgewartet werden müssen. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die diesbezüglichen Schätzungen meiner Expertinnen und Experten bestätigt werden: ohne die Steuerreform wären die Bruttoeinnahmen des Bundes 2006 um etwa € 3 Mrd. über dem tatsächlichen Ergebnis gelegen. Diese Schätzung berücksichtigte allerdings keine Rückkopplungseffekte wie etwa über erhöhte Nachfrage oder höhere zu versteuernde Gewinne als Folge der Steuersenkung.

Zu 5. bis 32.:

Die Beträge der jeweiligen Kapitel der Gruppen 0, 1, 5 und 6 sowie der Kapitel 20, 30 und 40 des BVA 2006, des vorläufigen Erfolgs 2006 sowie des bestehenden Unterschiedes zwischen dem Bundesvoranschlag und dem vorläufigen Erfolg in absoluten Zahlen und Prozentpunkten sind in nachstehender Darstellung enthalten:

BVA - Vorläufiger Erfolg 2006

Stand: 31.1.2007

Kapitel	Bezeichnung	BVA 2006	vorläufiger Erfolg	Unterschied	
		in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in %
Ausgaben					
01	Präsidentenschaftskanzlei	5,2	6,8	1,6	30,6
02	Bundesgesetzgebung	113,7	121,2	7,5	6,6
03	Verfassungsgerichtshof	7,7	7,8	0,1	1,4
04	Verwaltungsgerichtshof	11,7	12,7	1,0	9,0
05	Volksanwaltschaft	5,0	5,0	0,0	-0,3
06	Rechnungshof	25,1	23,3	-1,7	-7,0
10	Bundeskanzleramt	397,7	440,5	42,8	10,8
11	Innernes	1.884,8	2.132,3	247,5	13,1
12	Bildung und Kultur	6.023,3	6.400,6	377,3	6,3
13	Kunst	226,1	227,0	0,9	0,4
14	Wissenschaft	3.081,0	3.324,5	243,5	7,9
15	Soziale Sicherheit	1.878,0	1.940,7	62,7	3,3
16	Sozialversicherung	7.086,2	7.354,2	268,1	3,8
17	Gesundheit und Frauen	628,6	635,9	7,3	1,2
19	Familie, Generationen, Konsumentenschutz	5.782,9	5.891,7	108,8	1,9
20	Äußeres	388,0	397,7	9,7	2,5
30	Justiz	975,9	998,7	22,8	2,3
40	Militärische Angelegenheiten	1.810,0	1.733,1	-76,9	-4,3
50	Finanzverwaltung	1.980,3	1.808,9	-171,4	-8,7
51	Kassenverwaltung	1.013,6	1.378,1	364,5	36,0
52	Öffentliche Abgaben	2,3	2,6	0,3	11,1
53	Finanzausgleich	4.341,2	4.554,9	213,6	4,9
54	Bundesvermögen	1.134,5	1.282,3	147,8	13,0
55	Pensionen	7.283,9	7.039,0	-244,9	-3,4
58	Finanzierungen, Währungsauschverträge	9.365,2	11.608,8	2.243,6	24,0
60	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	2.113,6	2.318,8	205,2	9,7
61	Umwelt	559,5	475,4	-84,1	-15,0
63	Wirtschaft und Arbeit	5.721,8	5.967,7	245,8	4,3
65	Verkehr, Innovation und Technologie	2.325,2	2.428,9	103,7	4,5
Summe Ausgaben		66.171,9	70.519,0	4.347,1	6,6

BVA - Vorläufiger Erfolg 2006

Stand: 31.1.2007

Kapitel Bezeichnung	BVA 2006	vorläufiger Erfolg	Unterschied	
	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in %
Einnahmen				
01 Präsidentschaftskanzlei	0,0	0,0	0,0	51,6
02 Bundesgesetzgebung	3,0	14,2	11,2	370,3
03 Verfassungsgerichtshof	0,5	0,5	0,0	-2,3
04 Verwaltungsgerichtshof	0,3	0,1	-0,2	-61,5
05 Volksanwaltschaft	0,2	0,3	0,1	46,9
06 Rechnungshof	0,1	0,1	0,0	-35,9
10 Bundeskanzleramt	23,6	12,1	-11,4	-48,5
11 Inneres	90,0	91,6	1,6	1,8
12 Bildung und Kultur	73,1	93,8	20,7	28,3
13 Kunst	3,2	3,0	-0,3	-8,1
14 Wissenschaft	623,8	661,3	37,6	6,0
15 Soziale Sicherheit	23,5	26,9	3,4	14,3
16 Sozialversicherung	12,7	349,1	336,4	2.648,2
17 Gesundheit und Frauen	56,8	61,7	4,9	8,6
19 Familie, Generationen, Konsumentenschutz	5.325,7	5.407,0	81,4	1,5
20 Äußeres	8,5	3,6	-4,8	-57,2
30 Justiz	727,3	718,6	-8,7	-1,2
40 Militärische Angelegenheiten	45,0	43,2	-1,9	-4,2
50 Finanzverwaltung	1.165,6	1.197,1	31,5	2,7
51 Kassenverwaltung	1.928,6	2.924,9	996,3	51,7
52 Öffentliche Abgaben	38.901,5	40.454,2	1.552,7	4,0
53 Finanzausgleich	386,0	401,5	15,5	4,0
54 Bundesvermögen	1.417,2	1.722,0	304,9	21,5
55 Pensionen	1.516,5	1.486,0	-30,4	-2,0
58 Finanzierungen, Währungstauschverträge	2.430,4	4.664,5	2.234,1	91,9
60 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	191,8	244,1	52,4	27,3
61 Umwelt	313,0	297,8	-15,2	-4,8
63 Wirtschaft und Arbeit	4.927,1	5.054,8	127,7	2,6
65 Verkehr, Innovation und Technologie	165,2	168,2	3,0	1,8
Summe Einnahmen	60.360,2	66.102,5	5.742,3	9,5

Die darüber hinausgehenden Detailangaben zu den in den Fragen 25. bis 28. angeprochenen Voranschlagsansätzen sind nachstehend dargestellt, wobei ich darauf hinweise, dass meine Expertinnen und Experten mir nach mehrmaliger Durchsicht des BVA 2006 versichern, dass die gewünschten Angaben zum Voranschlagsansatz 2/52043 nicht erteilt werden können, da dieser nicht existiert:

BVA - Vorläufiger Erfolg 2006

Stand: 31.1.2007

Ansatz	Bezeichnung	BVA 2006	vorläufiger Erfolg	Unterschied	
		in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in %
Ausgewählte Abgaben					
2-52004	Veranlagte Einkommensteuer	2.800,0	2.524,5	-275,5	-9,8
2-52014	Lohnsteuer	17.700,0	18.092,0	392,0	2,2
2-52024	Kapitalertragsteuer	700,0	863,1	163,1	23,3
2-52025	Kapitalertragsteuer auf Zinsen	1.570,0	1.376,4	-193,6	-12,3
2-52034	Körperschaftsteuer	3.800,0	4.833,2	1.033,2	27,2
2-52086	Wohnbauförderungsbeitrag	710,0	711,1	1,1	0,2
2-52204	Umsatzsteuer	19.400,0	20.171,1	771,1	4,0
2-52404	Tabaksteuer	1.400,0	1.408,5	8,5	0,6
2-52414	Biersteuer	200,0	191,7	-8,3	-4,2
2-52444	Mineralölsteuer	3.650,0	3.552,7	-97,3	-2,7
2-52464	Alkoholsteuer	120,0	119,0	-1,0	-0,8
2-52514	Stempel-, Rechtsgeb. u. Bundesverwaltungsabgaben	825,0	805,9	-19,1	-2,3
2-52604	Kapitalverkehrsteuer	60,0	145,6	85,6	142,6
2-52605	Sicherheitsabgabe	45,0	61,4	16,4	36,5
2-52606	Werbeabgabe	104,0	109,3	5,3	5,1
2-52615	Energieabgabe	760,0	668,6	-91,4	-12,0
2-52624	Normverbrauchsabgabe	510,0	490,2	-19,8	-3,9
2-52634	Grunderwerbsteuer	550,0	618,5	68,5	12,5
2-52644	Versicherungssteuer	1.020,0	980,0	-40,0	-3,9
2-52645	Motorbezogene Versicherungssteuer	1.320,0	1.376,1	56,1	4,2
2-52661	Kraftfahrzeugsteuer (zweckgeb. Einnahmen)	91,4	75,0	-16,4	-17,9
2-52664	Kraftfahrzeugsteuer	53,7	66,0	12,4	23,1
2-52674	Spielbankabgabe	120,0	69,2	-50,8	-42,4
2-52675	Konzessionsabgabe	200,0	199,5	-0,5	-0,3
2/540 Kapitalbeteiligungen (Erträge)					
2/54014	Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft	200,0	225,0	25,0	12,5
2/54070	Österr. Nationalbank; Zweckgebundene Einnahmen	5,8	5,8	0,0	0,0
2/54074	Österr. Nationalbank; Erfolgswirksame Einnahmen	206,6	324,2	117,6	56,9

Zu 33.:

Die Beträge des vorläufigen Erfolges 2006 in einer Gliederung der Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Kriterien unter Berücksichtigung des Unterschiedes zum Bundesvoranschlag in absoluten Zahlen und Prozentpunkten stellen sich wie folgt dar:

BVA - Vorläufiger Erfolg 2006

Stand: 31.1.2007

Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Kriterien	BVA 2006	vorläufiger Erfolg	Unterschied	
	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in %
Personalausgaben	17.460,6	17.626,1	165,5	0,9
aktives Personal	10.288,1	10.795,8	507,7	4,9
Bund	7.565,9	7.810,2	244,3	3,2
Landeslehrerkostenersätze	2.722,2	2.985,6	263,4	9,7
Pensionen	7.172,5	6.830,3	-342,2	-4,8
Bund	3.208,9	3.008,1	-200,8	-6,3
Landeslehrerkostenersätze	975,2	949,3	-25,9	-2,7
Postgesellschaften	1.158,5	1.130,7	-27,8	-2,4
Österr. Bundesbahnen	1.829,8	1.742,2	-87,6	-4,8
Laufende (Verwaltungs-)Sachausgaben	4.854,2	4.488,5	-365,7	-7,5
Bruttoinvestitionen	161,4	143,7	-17,7	-11,0
Leistungen/Transferzahlungen	32.668,7	33.503,4	834,7	2,6
für familienpolitische Maßnahmen	5.491,4	5.484,2	-7,2	-0,1
im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik	3.630,3	3.646,7	16,4	0,5
im Rahmen der ges. Sozialversicherung	8.606,7	8.939,4	332,7	3,9
an Unternehmen	2.458,6	2.497,3	38,7	1,6
davon Transferzahlungen an die ÖBB	1.020,3	984,9	-35,4	-3,5
Sonstige Transferleistungen	12.481,7	12.935,8	454,1	3,6
davon				
Transferz. an Länder	4.520,2	4.745,9	225,7	5,0
Transferz. an Gemeinden	390,7	386,5	-4,2	-1,1
Zinsen und Spesen i.R. der Finanzschuldgebarung	9.365,2	11.608,8	2.243,6	24,0
Sonstige Ausgaben des allg. Haushaltens	1.661,9	3.148,5	1.486,6	89,5
Gesamtausgaben	66.171,9	70.519,0	4.347,1	6,6

Zu 34.:

Die Beträge des vorläufigen Erfolges 2006 in einer Darstellung der Ausgaben des Bundes nach funktioneller Gliederung unter Berücksichtigung des Unterschiedes zum Bundesvoranschlag in absoluten Zahlen und Prozentpunkten lauten:

BVA - Vorläufiger Erfolg 2006

Stand: 31.1.2007

AB	Bezeichnung	BVA 2006	vorläufiger Erfolg	Unterschied	
		in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in %
11	Erziehung und Unterricht	5.843,1	6.286,7	443,7	7,6
12	Forschung und Wissenschaft	3.604,8	3.667,8	63,0	1,7
13	Kunst	453,7	460,9	7,2	1,6
14	Kultus	46,9	48,6	1,6	3,4
21	Gesundheit	834,2	821,2	-13,1	-1,6
22	Soziale Wohlfahrt	20.277,2	20.960,8	683,6	3,4
23	Wohnungsbau	1.810,2	1.801,2	-9,0	-0,5
32	Straßen	577,1	643,6	66,5	11,5
33	Sonstiger Verkehr	6.165,6	6.048,9	-116,7	-1,9
34	Land- und Forstwirtschaft	1.935,9	2.107,5	171,6	8,9
35	Energiewirtschaft (Elektrizitäts-, Gas- u. Wasserwirtschaft)	0,2	0,1	-0,1	-43,1
36	Industrie und Gewerbe (einschließlich Bergbau)	1.096,5	1.207,4	110,9	10,1
37	Öffentliche Dienstleistungen	511,5	442,2	-69,2	-13,5
38	Private Dienstleistungen (einschließlich Handel)	223,6	311,1	87,5	39,1
41	Landesverteidigung	1.769,2	1.699,0	-70,2	-4,0
42	Staats- und Rechtssicherheit	2.487,4	2.661,1	173,7	7,0
43	übrige Hoheitsverwaltung (ohne Finanzierungen)	9.169,6	9.742,0	572,4	6,2
43	übrige Hoheitsverwaltung (Finanzierungen)	9.365,2	11.608,8	2.243,6	24,0
Summe		66.171,9	70.519,0	4.347,1	6,6

Zu 35.:

Ein Vergleich der Ausgaben für Landeslehrerinnen und Landeslehrer gegliedert nach Bundesländern zwischen BVA 2006 und vorläufigem Erfolg 2006 ist nicht möglich, da es im Bundesvoranschlag keine Gliederung nach Bundesländern gibt. Im Bundesvoranschlag wird nur der Gesamtbetrag für alle Bundesländer veranschlagt. Erst der Erfolg kann für jedes Bundesland gesondert ausgewiesen werden.

In der nachstehenden Tabelle sind daher jeweils für die Allgemeinbildenden Pflichtschulen und für die Berufsbildenden Pflichtschulen der Gesamtbetrag des BVA 2006, der Gesamtbetrag des vorläufigen Erfolgs, die Differenz zwischen diesen beiden Positionen in absoluten Zahlen sowie in Prozentpunkten sowie der vorläufige Erfolg, gegliedert nach einzelnen Bundesländern, ausgewiesen:

Ausgaben für Landeslehrerinnen und Landeslehrer (laufende Transferzahlungen gem. FAG)

	BVA 2006 in Mio. €	vorläufiger Erfolg in Mio. €	Unterschied in Mio. €	in %
a) Allgemeinbildende Pflichtschulen	2.578,494	2.832,268	253,774	9,84
Wien	423,770			
Niederösterreich	535,417			
Burgenland	95,148			
Oberösterreich	540,404			
Salzburg	191,961			
Steiermark	431,425			
Kärnten	206,168			
Tirol	259,431			
Vorarlberg	148,544			
b) Berufsbildende Pflichtschulen	109,998	118,718	8,720	7,93
Wien	20,173			
Niederösterreich	17,553			
Burgenland	2,543			
Oberösterreich	24,268			
Salzburg	8,433			
Steiermark	17,544			
Kärnten	9,000			
Tirol	12,130			
Vorarlberg	7,074			

Zu 36.:

Die Entwicklung der Ausgaben für Pensionen stellt sich an Hand des Vergleiches zwischen dem BVA 2006 und dem vorläufigen Erfolg wie folgt dar:

	BVA 2006 in Mio. €	vorläufiger Erfolg in Mio. €	Unterschied in Mio. €	in %
Bundesbeitrag	6.187,372	6.439,089	251,717	4,07
Ausgleichszulagen	840,659	856,943	16,284	1,94
Sonstiges	58,120	58,177	0,057	0,10
Gesamt	7.086,151	7.354,209	268,058	3,78

Betreffend die Invaliditätspensionen wird bemerkt, dass im Bundesfinanzgesetz nur jener Teil budgetiert wird, der sich aus der Differenz zwischen Ausgaben und Einnahmen der einzelnen Pensionsversicherungsträger ergibt. Eine Zuordnung auf einzelne Pensionsarten erfolgt dabei nicht.

Zu 37.:

Die Entwicklung der Ausgaben für das AMS im Vergleich zwischen dem BVA 2006 und dem vorläufigen Erfolg kann der nachstehenden Tabelle entnommen werden:

	BVA 2006 in Mio.€	vorläufiger Erfolg in Mio.€	Unterschied in Mio.€	in %
Leistungen gem. AIVG	3.755,378	3.683,763	-71,615	-1,91
Aktive Arbeitsmarktpolitik	693,987	927,397	233,410	33,63
Verwaltungskostenersatz	287,876	287,876	0	0,00
Sonstiges	122,837	123,950	1,113	0,91
Gesamt	4.860,078	5.022,986	162,908	3,35

Mit freundlichen Grüßen